

Wer wir sind und was wir wollen:

Wir sind Menschen, die seit 2015 immer wieder entlang der Balkanroute und anderswo in Europa unterwegs sind und uns mit den dortigen Solidaritätsstrukturen vernetzt haben. Mit dieser Kampagne möchten wir Betroffene staatlicher Repression und rechter Übergriffe

an den EU-Grenzen mit Spenden und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Solltet ihr selber betroffen sein, von einem Fall hören oder kennt ihr Menschen kennen, die Unterstützung benötigen, könnt ihr uns gerne eine Anfrage per Mail schicken.

Lasst uns gemeinsam
kraftvoll und grenzenlos
gegen Repression kämpfen – lasst uns
selbstorganisierte Strukturen
der Solidarität als Alternativen
gegenüber Polizei, Staat und EU
schaffen!

Was könnt ihr tun?

- Unterstützt die Kampagne indem ihr diese Infos verbreitet. Auf unserem Blog könnt ihr Infomaterial, wie Poster, Sticker oder Flyer bestellen. Schreibt selber Aufrufe und werdet kreativ
- Veranstaltet Solipartys und sammelt Spendengelder für die Unterstützung inhaftierten Freund*Innen...
- Vernetzt euch mit bereits bestehenden Unterstützungsstrukturen und erzählt diesen

von der Kampagne. Teilt eure Erfahrungen und Erlebnisse, gerne auch mit uns...

- Helft mit Übersetzen, damit wir Flyer nicht nur in europäischen Mehrheitssprachen verfassen können
- Vernetzt euch mit bereits bestehenden Unterstützungsstrukturen und erzählt diesen von der Kampagne. Teilt eure Erfahrungen und Erlebnisse, gerne auch mit uns

Spendenkonto

EMPFÄNGER: ROTE HILFE E.V./ OG HANNOVER
IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57
BIC: GENODEM1GLS
BANK: GLS BANK
BETREFF: CANT EVICT SOLIDARITY

Kontakt

CANTEVICTSOLIDARITY@RISEUP.NET
CANTEVICTSOLIDARITY.NOBLOGS.ORG



GRENZENLOSE SOLIDARITÄT

mit den migrantischen Kämpfen
in Griechenland,
auf der Balkanroute
und überall! Our passion for
freedom is stronger
than their prisons!

Unterstützt die Anti-
Repressions-Kampagne für
Betroffene antirassistischer
Kämpfe an den EU-Grenzen
und für Freiräume und
Bewegungsfreiheit

You can't evict
a movement –

you can't evict
solidarity

Was ist los an Europas Grenzen? – Geschichten von Flucht und Gewalt...

Grundsätzlich beobachten wir europaweit, dass die staatliche und EU-Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, Unterstützer*innen und Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle immer repressiver wird. Diese Abschottungspolitik zwingt Menschen dazu, den gefährlichen Weg über das von Frontex überwachte Mittelmeer zu nehmen. Dabei starben allein 2018 über 2000 Menschen. Dazu sind die Grenzen zwischen den europäischen Staaten streng kontrolliert und hoch militarisiert. So werden Geflüchtete von Polizei und Militär mit modernster Technik aufgespürt, mit Gewalt am Grenzübergang gehindert und ohne Rechtsgrundlage inhaftiert.

Es wurden bereits Flüchtende erschossen, wie 2015 an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei. Trotz alledem nehmen viele Menschen neue, gefährliche Wege auf sich. Viele werden daraufhin unter menschenunwürdigen Bedingungen in sogenannten „Hotspots“ wie auf den griechischen Inseln Chios, Lesbos und Samos, faktisch inhaftiert, da diese seit dem EU-Türkei-Deal für Geflüchtete zu Gefängnissen geworden sind. Andere Menschen sitzen an den Grenzen in Velika Kladusa (bosnisch-kroatischen Grenze) oder in Ventimiglia (italienisch-französischen Grenze) fest, wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal zurückgeschoben..

...von Widerstand und Repression

Gegen diese tödliche Politik und das EU-Grenzregime regt sich Widerstand, wann immer Menschen gegen Inhaftierung, für offene Grenzen und für ihre Rechte kämpfen. So gab es ein Protestcamp von Geflüchteten bei Velika Kladusa im Herbst 2018, sowie unzählige Proteste von Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln und überall an europäischen Grenzen und in Städten. Diese Proteste werden meistens gewaltvoll beendet, die Protestierenden abgeschoben oder inhaftiert, wie in den Fällen von Ahmed H. in Ungarn, der Betroffenen in Moria

auf Lesbos, sowie der PetrouRalli8 in Athen und der Harmanli21 in Bulgarien. Aus der Not besetzte Häuser werden wie in Thessaloniki im Sommer 2016 geräumt. Zusätzlich werden solidarische Aktivist*innen durch neue Gesetze mit hohen Haftstrafen wegen „Schleuserei“ konfrontiert, wie im Herbst 2016 in Kroatien. Gleichzeitig kriminalisiert die EU solidarische Seenotretter*innen, wie „Jugend rettet“ oder „Sea Watch“, die mit ihren Schiffen mit Geretteten nicht in europäischen Häfen anlegen dürfen.

Ahmed H. und die Röszke11, Ungarn

Im September 2015 wurden bei Protesten gegen die Grenzschließung Ungarns an der ungarisch-serbischen Grenze bei Röszke elf Geflüchtete willkürlich aus der Menge heraus verhaftet und u.a. wegen Terrorismus und illegalem Grenzübergang angeklagt. Im November 2016 wurde einer von ihnen, Ahmed H., zu 10 Jahren Haft verurteilt. Durch Solidar-

itätsarbeit und Proteste konnte dieses Urteil in den nächsten Instanzen gekippt und auf 5 Jahre verringert werden. Seine Freilassung wurde für das Frühjahr 2019 erwartet, aber da sich Zypern weigert ihn zurückkehren zu lassen, bleibt er in Abschiebehaft in Ungarn.

Die Fälle Moria 35 und Moria 8, Griechenland

Der Fall der Moria 35 ist seit Herbst 2018 abgeschlossen. Darin ging es um 35 Menschen, die im Juni 2017 nach einem friedlichen Sitzstreik im Camp Moria auf Lesbos (Griechenland) von der Polizei wahllos und brutal verhaftet worden sind. Alle 35 Personen wurden freigelassen, einige von ihnen wurden abgeschoben. Ein Vorgehen, das sich auf ähnliche Weise

im aktuellen Fall der Moria 8 wiederholt: Im März 2018 entfachten sich erneut Proteste im Camp Moria. Das anschließende Klageverfahren gegen die vermeintlichen „Täter*innen“, basierte auf vagen Aussagen zur Identifizierung u.a. eines vermeintlichen Rädelsführers, der jedoch nachweislich gar nicht vor Ort war, als der Protest losging.

Repressionen gegen Solidarität entlang von Fluchtrouten

Repressionen und Kriminalisierung gegen Solidaritätsbewegungen entlang von Fluchtrouten haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Die Kriminalisierung von Menschen, die versuchen selbstorganisierte Alternativen zur repressiven Asylpolitik aufzubauen ist auch andernorts zu beobachten. So wurden besetzte Häuser in Belgrad zum Schutz vor Kälte für Menschen auf der Flucht immer wie-

der geräumt; Protestaktionen in Ungarn im Kampf gegen den rassistischen Schauprozess von Ahmed H. juristisch verfolgt, selbstorganisierte Seenotrettung angegriffen, die einfache Basisversorgung von Flüchtenden in Ventimiglia oder die Unterbringung von Geflüchteten in Privathäusern in Brüssel kriminalisiert.

You can't evict a movement...

Doch trotz staatlicher Repressionen gibt es weiterhin selbstorganisierten Widerstand und es existiert ein breites Netzwerk aus solidarischen Strukturen. Orte, die jenseits von staatlicher Kontrolle, Überwachung und Repression existieren und erschaffen werden, sind notwendig. So gibt es z.B. in vielen Städten soziale Zentren und Hausbesetzungen, in denen kostenlose Sprachkurse, medizinische Versorgung, Rechtsberatung bei Repression und im

Asylverfahren, Essen und Kleidung, aber auch Theater, Musik und Kino organisiert werden. Denn viele verschiedene und gemeinsame Kämpfe finden permanent statt: von Menschen entlang den EU-Grenzen, in den Camps, in (Abschiebe-)Gefängnissen und auf den Straßen; gegen die unmenschlichen Bedingungen und das EU-Grenzregime und für Freiräume und Bewegungsfreiheit von Menschen – manche sichtbarer als andere.

...you can't evict solidarity!

Die Antirepressionskampagne „You can't evict solidarity“ wurde im Sommer 2016 als Reaktion auf die Räumungen solidarischer Hausbesetzungen in Thessaloniki gestartet. Die Angeklagten wurden im September 2018 freigesprochen. Der Fokus der Kampagne liegt auf der Unterstützung von Menschen, die nach z.B. Widerstandshandlungen in antirassistischen Kämpfen an den EU-Grenzen von staatlichen Repressionen betroffen sind. Seit 2016 wurden mehrere Tausend Euro an Spenden gesam-

melt und an Betroffene weitergeleitet um Anwalts- und Gerichtskosten zu bezahlen. Außerdem werden Gerichtsprozesse vor Ort oder von Deutschland aus solidarisch und mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet, Informationsvorträge zu aktuellen Situationen entlang der Balkanroute gehalten und eine transnationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Betroffenen und lokalen Initiativen aufgebaut. Es wurden einige Freisprüche erwirkt und Menschen aus Gefängnissen entlassen.